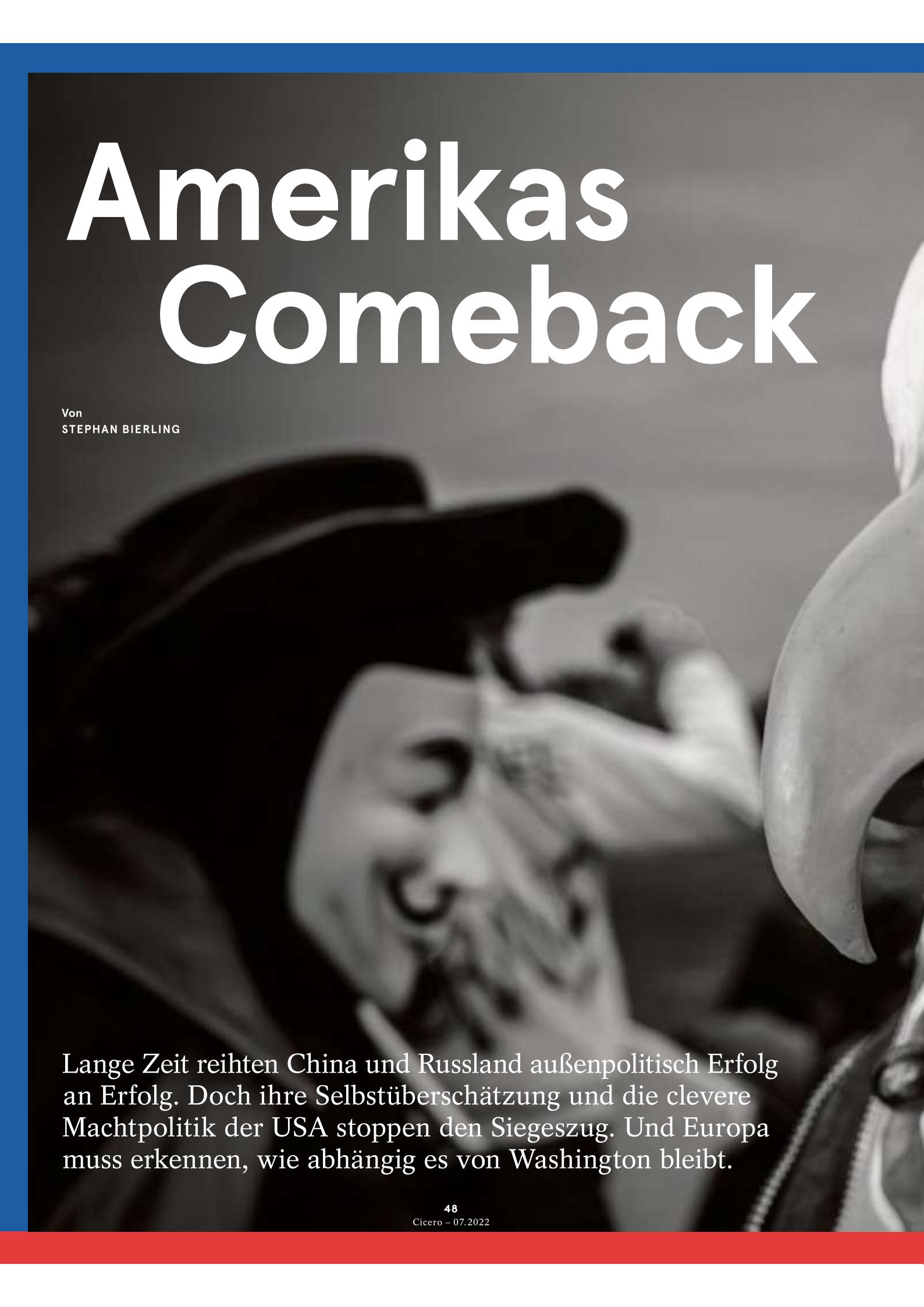


Amerikas Comeback



Von
STEPHAN BIERLING

Lange Zeit reihten China und Russland außenpolitisch Erfolg an Erfolg. Doch ihre Selbstüberschätzung und die clevere Machtpolitik der USA stoppen den Siegeszug. Und Europa muss erkennen, wie abhängig es von Washington bleibt.



WELTBÜHNE



Maskierte Teilnehmer an einer „Election Results Rally“ in Washington am Tag des „Sturmes auf das Kapitol“, 6. Januar 2021

Es lief nicht gut für die amerikanische Außenpolitik in diesem Jahrhundert. Nach den Terrorattacken von 9/11 verhedderten sich die USA in langen und teuren Konflikten in Afghanistan und im Irak, rissen die Welt 2008 in eine internationale Finanzkrise, lavierten im syrischen Bürgerkrieg herum. Donald Trump verprellte Partner und hofierte Rivalen, Joe Biden verkorkste den Abzug vom Hindukusch. Gesellschaftliche Polarisierung, Parteienzwist und eine Million Covid-Tote hinterließen den Eindruck eines ausgelaugten, handlungsschwachen und weltabgewandten Landes. Es schien nur eine Frage der Zeit, bis China und Russland es von der Topposition der globalen Politik verdrängt haben würden.

Aber Washington abzuschreiben, erweist sich als übereilt – wieder einmal. Schon Japan und Nazi-deutschland glaubten im Dezember 1941, die USA überrumpeln und zum Kleinbeigeben zwingen zu können. Nicht einmal vier Jahre später mussten beide bedingungslos kapitulieren. 1956 schleuderte Kreml-Herrscherr Nikita Chruschtschow westlichen Botschaftern ein „Wir werden euch begraben“ entgegen, mit dem amerikanischen Vietnamfiasco wähnte sich Moskau endgültig auf der Siegesstraße im Kalten Krieg. 1991 war es jedoch die Sowjetunion, die das Zeitliche segnete. Als einzige Weltmacht blieben die USA übrig.

Offenbar sind sie robuster, als ihre Gegner denken. Heute wendet sich das Blatt erneut zugunsten des totgesagten Amerikas. Das hat drei Gründe: physische Vorteile, Fehler der Rivalen, kluge Strategien seiner Außenpolitiker.

Wenn sie die internationale Schlagkraft der USA einschätzen, starren Beobachter oft auf ihre Innenpolitik. Dann rücken Rassenkonflikte, Mordraten, ungleiche Einkommensverteilung, marodes Gesundheitssystem oder Trumps Generalangriff auf die Demokratie in den Fokus. Leichtfertig schlussfolgern sie, Amerika sei im Niedergang. Wladimir Putin und Xi Jinping betonen seit Jahren

mantrahaft die Instabilität und Erschöpfung der USA und die Überlegenheit der eigenen autoritären Systeme. Ihre staatlich kontrollierten Medien und Internet-Trolle verteufeln das Land als dekadent und abgewirtschaftet, unfähig zu patriotischen Kraftanstrengungen.

Bei ihrer Schlechtmacherei unterschätzen sie indes die enormen physischen Vorteile ihres Widersachers. Denn wie beim Immobilienkauf heißen in der Geopolitik die drei entscheidenden Kriterien: Lage, Lage, Lage. Und die der USA ist einzigartig unter den großen Nationen der Erde.

Abgesichert durch zwei riesige Ozeane und mit je einem militärisch schwachen Nachbarn im Norden und im Süden muss das Land weder konventionelle Angriffe noch territoriale Eroberungen fürchten. Amerika ist die unangefochtene Vormacht in seiner Weltregion und kann sich aussuchen, wo auf dem Planeten es sich wie engagiert. Diesen Luxus hat kein anderer Big Player.

Abgesichert durch zwei riesige Ozeane müssen die USA weder konventionelle Angriffe noch territoriale Eroberungen fürchten

DIE GÜNSTIGE GEOGRAFIE bringt ein zweites Plus mit sich: Obwohl die USA über das global stärkste Militär verfügen, fühlen sich wenige Länder von ihm bedroht oder fürchten gar eine Invasion oder Annexion. Der Politiktheoretiker John Mearsheimer erklärt dies mit der „Bremskraft des Wassers“ und meint damit, dass Meere die Fähigkeit von Streitkräften zur Machtausübung einschränken. Dadurch ist für die meisten Staaten der Welt eine Allianz mit den fernen USA weniger risikant als mit einer nahen Großmacht, die jederzeit mit ihrer Armee über sie herfallen kann.

China und Russland hingegen haben die meisten Nachbarn auf dem Planeten: jeweils 14. Und jeder einzelne ängstigt sich vor dem Koloss nebenan. Zu Recht: Bis auf Norwegen und Nordkorea hat Russland in seiner Geschichte jeden anderen Staat an seiner Grenze angegriffen und oft jahrhundertelang unterjocht. China führte seit 1949 Kriege gegen Indien, Vietnam und Russland, annektierte Tibet und unterstützte Rebellen in Laos, Nepal und



Trump-Unterstützer während einer Wahlkampfveranstaltung in Tulsa, Oklahoma, Juni 2020

Burma. Heute setzt es seine Territorialansprüche in der Südchinesischen See brutal durch, zerschlägt Hongkongs verbriepte demokratischen Rechte und bereitet die Eroberung Taiwans vor.

Doch bei aller machtpolitischen Ruchlosigkeit ist es weder Moskau noch Peking bislang gelungen, die eigene Weltregion zu beherrschen. In Mittel- und Osteuropa dämmt die Nato Expansionsgelüste Russlands ein, in Ostasien stellen sich die USA und ihre Partner denen Chinas entgegen. In der internationalen Politik gilt aber: Wer sein Umfeld nicht kontrolliert, wird keine globale Supermacht werden. Und während Washington auf gut drei Dutzend enge Allianzpartner zählen kann, lassen sich Moskaus und Pekings Verbündete jeweils an den Fingern einer Hand abzählen: Nordkorea, Belarus, Syrien, Eritrea, Kuba und Venezuela – alleamt schwach und peinlich.

Auch einen zweiten materiellen Vorteil unterschätzen die Rivalen der USA: ihre starke, diversifizierte Ökonomie. Amerika verfügt mit einem Anteil von 24 Prozent an der Weltproduktion über die größte Volkswirtschaft der Erde, benötigt kaum Energieimporte, dominiert bei Technologie

und Innovation, zieht die klügsten Köpfe des Planeten an. China wiederum offenbart trotz der gewaltigen ökonomischen Erfolge der vergangenen Jahre Schwächen: Es muss 75 Prozent seines Öls und 45 Prozent seines Gases importieren, schleppt unrentable Staatsbetriebe mit und schottet sich vor Einwanderern ab. Russland schließlich ist, wie US-Senator John McCain einmal sagte, eine Tankstelle mit Atomraketen und spielt mit Ausnahme von Energielieferungen in der globalen Wirtschaft keine Rolle.

Allerdings haben sich Moskau und Peking so sehr an ihrem Gerede vom amerikanischen Abstieg und der eigenen Stärke berauscht, dass sie zu einer nüchternen Lageanalyse weniger und weniger fähig sind. In der Tat gelang ihnen lange Zeit außenpolitisch alles, was sie anfassten: Putin besetzte Teile Georgiens und der Ukraine, hielt Assad in Syrien an der Macht, fasste mit seinen Wagner-Söldnern in Libyen, der Zentralafrikanischen Republik und Mali Fuß und lockte viele Westeuropäer in seine Energie-Venusfalle. Xi machte sein Land zum wichtigsten Handelspartner von mehr als 60 Staaten, übernahm weltweit Drehkreuze der Logistik wie Athens Hafen Piräus, baute seinen Einfluss in



Szene vor der Polytechnischen Universität in Hongkong nach Protesten gegen die chinesische Regierung, November 2019

den Vereinten Nationen aus und gründete Konkurrenzinstitute zu Weltbank und IWF.

Diese Erfolge führten freilich zu Selbstüberschätzung, der Urmutter aller politischen Fehler. Zwei Jahrzehnte schien es, als ob nur Washington in der internationalen Politik patzt. Jetzt zeigt sich, dass auch Moskau und Peking schwere Pannen unterlaufen. Nichts demonstriert dies besser als Putins Überfall auf die Ukraine. Geplant als glorreiche Blitzinvasion, entpuppt sich das Unterfangen als Fiasko. Nach gut drei Monaten sind wohl 20000 russische Soldaten im Nachbarland gefallen und damit mehr, als die fast doppelt so bevölkerungsreiche Sowjetunion während ihres zehnjährigen Afghanistanfeldzugs verlor. Putin hat seine Wirtschaft ruiniert, Nationalbewusstsein und Zusammenhalt der Ukrainer gestärkt sowie Finnland und Schweden in die Nato getrieben.

Peking verkalkulierte sich ebenfalls, und wie bei Moskau ist dies Folge eigener Hybris. Viel zu früh warf es die außenpolitische Maxime des Vaters des modernen China, Deng Xiaoping, über Bord: „Halte dich zurück und warte ab.“ Nach der

Finanzkrise 2008/2009 und dem Amtsantritt Xis ersetzte das Land Demut und Bescheidenheit durch ungezügeltes Hegemonialstreben. So drohte der chinesische Außenminister den Teilnehmern am Südostasiatischen Regionalforum Asean in Hanoi 2010: „China ist ein großes Land, und andere Länder sind kleine Länder, und das ist einfach eine Tatsache.“ Mit seiner Expansion im Südchinesischen Meer verprellt Peking alle anderen Anrainer und drängt sie an die Seite der USA. Territorialstreitigkeiten haben Indien und Japan, Sanktionen wegen unbotmäßigen Verhaltens Australien gegen China aufgebracht. Der brachiale Stil Pekings hat mittlerweile einen eigenen Begriff erhalten: „Wolfskrieger-Diplomatie“, in Anlehnung an zwei hyperpatriotische, immens erfolgreiche chinesische Actionfilme.

DIE USA BETRACHTEN die neue Aggressivität Russlands und Chinas als Bedrohung für die von ihnen begründete internationale Ordnung. Und nichts schärft die Sinne so sehr wie Gefahr – im Tierreich wie in der internationalen Politik. Rapide verabschiedet sich Washington von der

gescheiterten Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte. Damals hatten George W. Bush, Obama und Trump Moskau umworben. Legendär in seiner Naivität war Bushs Satz nach einem Treffen mit Putin 2001 „Ich habe dem Mann in die Augen gesehen. Ich fand ihn sehr direkt und vertrauenswürdig.“ Als ebenso falsch erwies sich Obamas Hoffnung, mit der „Neustart-Politik“ das Verhältnis zu Moskau zu verbessern. Und Trump glaubte, mit Putin Deals von starkem Mann zu starkem Mann aushandeln zu können. Nach vier Jahren hatte ihn der Meister-Judoka im Kreml bei jedem Treffen aufs Kreuz gelegt.

AUSGERECHNET DER VON TRUMP als schlaftrig und senil verspottete Biden nutzt kaltblütig die Chance, die sich ihm mit Russlands Ukraine-invasion bietet. Dabei hilft ihm, dass er nie Illusionen über Putin hegte. Schon 2011 sagte er ihm in Ansprache auf Bushs Einschätzung ins Gesicht: „Ich sehe Ihnen in die Augen, und ich glaube, Sie haben keine Seele.“ Als frisch inthronisierter Präsident nannte er Putin im März 2021 unverblümt einen „Killer“. Biden kennt die Ukraine besser als fast jeder westliche Politiker, noch als Senator arbeitete er bis 2009 mit an 39 Gesetzen zu ihrer Unterstützung. Als Vizepräsident war er Obamas Sonderbeauftragter für das Land und besuchte es sechs Mal in acht Jahren. Zum Vergleich: Kanzlerin Merkel war während ihrer doppelt so langen Regierungszeit nur fünf Mal in der Ukraine.

Auch gegenüber China legt Washington alle Illusionen ab. Bush und Obama hofften noch, Peking für die Unterstützung der liberalen Weltordnung gewinnen zu können. Angesichts der immer aggressiveren Politik Chinas erhob schon Trump das Land zum Hauptgegner der USA, setzte dabei freilich auf einen Alleingang und fokussierte sich auf die Handelsbilanz. Sein Nachfolger teilt Trumps Einschätzung, will jedoch breite Bündnisse gegen Peking schmieden und dem Land auf allen Feldern entgegentreten. Trotz ihres parteipolitischen

Dauerstreits tragen Demokraten und Republikaner die harte Haltung gegenüber China und Russland fast geschlossen mit.

Zugleich zeigen Biden und sein außenpolitisches Team etwas, das man von Deutschland und der EU kaum kennt: geopolitische Beschlagenheit. Das hat Tradition in den USA. Seit seinem Eintritt in die Weltpolitik führt das Land eine ständige Debatte über seine „Grand Strategy“, also die Frage, wie es diplomatische, ökonomische und militärische Mittel koordiniert einsetzt, um die internationale Umwelt in seinem Sinne zu gestalten. 1947 installierten die USA einen Nationalen Sicherheitsrat, in dem die wichtigsten Akteure vom Präsidenten über den Außen- und Verteidigungsminister bis hin zum CIA-Chef die zentralen internationalen Probleme diskutieren. Seit Mitte der 1980er Jahre muss der Präsident dem Kongress regelmäßig eine „Nationale Sicherheitsstrategie“ über seine weltpolitischen Ziele vorlegen. Der Buchmarkt zu „Grand Strategy“ boomt, es gibt viele Lehrstühle an Universitäten, die sich explizit damit beschäftigen; Hochschulen wie Harvard oder Duke bieten eigene Studiengänge an.

Unbestritten in der außenpolitischen Elite ist das oberste Ziel: der Erhalt der amerikanischen Vorherrschaft in der Welt. Dazu bauen die USA zuvorderst auf ihre militärische Stärke. Bei den Rüstungsausgaben stellen sie China und Russland in den

Schatten. Bei allen Fortschritten ihrer Rivalen übertreffen sie diese technologisch in den meisten Waffenkategorien, bei Kommunikation und Aufklärung. Am größten sind die Vorteile der USA bei Truppenführung, Kampferfahrung und Machtprojektion. Die Ukraine zeigt gerade die Überlegenheit nach amerikanischem Vorbild organisierter autonomer Verbände gegenüber einer zentralisierten Militärmaschinerie. Zudem sind die US-Streitkräfte durch die Einsätze in Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen kampferprobt – etwas, das China fast völlig abgeht. Seinen letzten Krieg führte Peking 1979, als ihm das kleine Vietnam Paroli bot.

Unbestritten in der außenpolitischen Elite ist das oberste Ziel: der Erhalt der amerikanischen Vorherrschaft in der Welt





Der heutige US-Präsident Joe Biden während einer Ansprache in Las Vegas, Oktober 2019



Feuerwehreinsatz nach der russischen Bombardierung eines Wohnviertels nahe der ukrainischen Stadt Lyssytschansk

Vor allem verfügen die USA über ein gewachsenes Netz der globalen Machtprojektion. Seine elf Flugzeugträger-Gruppen, 68 nuklearbetriebenen U-Boote, 750 Militärbasen in 80 Nationen und schlagkräftigen Verbündeten überragen die Möglichkeiten seiner Konkurrenten bei Weitem. Über das im Zweiten Weltkrieg begründete „Five Eyes“-Abkommen mit Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland betreibt Amerika in allen Weltregionen geheimdienstliche Überwachungs- und Abhöranlagen. Russland mag opportunistisch in Vakua vorstoßen, die westliche Tatlosigkeit oder Skrupel eröffnen, etwa in Syrien, Libyen oder Mali. Doch seine Fähigkeiten zu langen, aufwendigen Operationen außerhalb der unmittelbaren Nachbarschaft sind begrenzt. Es hat auch nur gut 30, China gerade einmal drei internationale Militärstützpunkte.

Seit seinem Amtsantritt nutzt Biden diese Vorteile, um die beiden Rivalen auszumanövrieren. Klarsichtig und machtbewusst hat er erkannt, welche Chance der russische Überfall auf die Ukraine den USA bietet. Viele Europäer, ganz vorn die Deutschen, entrüsten sich moralisch und

handeln zögerlich. Biden hingegen sieht Moskaus Einmarsch so, wie ihn Napoleons spitzbügiger Diplomat Charles-Maurice de Talleyrand charakterisiert hätte: „Das ist mehr als ein Verbrechen, das ist ein Fehler.“ Fehler des Gegners zu erkennen und auszuschlagen, ist aber die hohe Kunst erfolgreicher Außenpolitik.

BIDEN WEISS um eine zentrale geopolitische Tatsache: Keine noch so mächtige Nation hat seit dem Zweiten Weltkrieg einen anderen Staat eingenommen, wenn dieser auf dem Landweg unbeschränkt mit ausländischen Waffen unterstützt wurde. Daraum verloren die USA gegen Nordvietnam, das die Sowjetunion und China hochrüsteten, und die UdSSR in Afghanistan, dessen Madschaheddin Amerika mit Luftabwehraketten und Panzerfäusten versorgte. Die Ukraine kämpft deshalb nicht nur für sich selbst, sondern auch stellvertretend für Europa, den Westen und die USA. Keiner hat dies klarer ausgesprochen als der amerikanische Verteidigungsminister Lloyd Austin bei einem Besuch in Kiew Ende April: „Wir wollen, dass Russland so weit geschwächt wird, dass es die Dinge,

die es beim Einmarsch in die Ukraine getan hat, nicht mehr tun kann.“

Washington ist auf gutem Weg, dies zu erreichen. Selbst wenn Russland sein Minimalziel, die Eroberung der Ost- und Südukraine, noch realisieren sollte, sind die Kosten exorbitant. 30 Jahre wirtschaftlicher Verflechtung mit dem Westen werden abgewickelt, das Erpressungspotenzial der Öl- und Gaslieferungen schwindet mit jedem Tag, das Land verliert den Zugang zu Hochtechnologie und Know-how, die klügsten Köpfe fliehen vor Putins Terrorregime. 1991 erbrachte Russland noch 4 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Bald dürfte dieser Wert auf unter 1 Prozent fallen. Im schlimmsten Fall wird das Land zu einem riesigen Nordkorea: ein ökonomisch desolater, hochgerüsteter Pariastaat, der nur mehr als Störenfried, jedoch nicht länger als Gestaltungsmacht in der Weltpolitik mitmischte.

China ist da eine andere Hausnummer, vom Bruttoinlandsprodukt den USA fast ebenbürtig, mit einem rapide wachsenden Militärbudget und globalen Ambitionen. Biden hat deshalb dessen Einhegung zum alles überwölbenden Ziel Amerikas erklärt. Zwar gelingt es Peking, schwache Länder Afrikas und Ozeaniens auf seine Seite zu ziehen, indem es ihre autoritären Eliten mit Geld und Schutzzusagen umgarnt.

Aber die wichtigen Staaten des Indopazifik rücken näher an die USA. Biden nutzt ihre Sorgen, um alte Bündnisse zu stärken und neue zu begründen. Im März 2021 lud er die Regierungschefs Japans, Australiens und Indiens zum ersten Gipfel des Quadrilateralen Sicherheitsdialogs (Quad) ein. Dessen oberstes Ziel ist es, einen „freien und offenen Indopazifik“ und eine „auf Regeln basierende maritime Ordnung im Ost- und Südchinesischen Meer“ zu gewährleisten. Auch ohne explizite Nennung Chinas ist klar: Die von ihm ausgehende Bedrohung führt die vier Mächte zusammen. Die wachsende Bedeutung der Quad zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sich ihre obersten Vertreter seither in kurzen Abständen noch drei weitere Male trafen.

Im September 2021 initiierte Biden das trilaterale Militärbündnis Aukus (Australien, United Kingdom, United States), das sich ebenfalls gegen den wachsenden Einfluss Chinas in der Indopazifik-Region richtet. Ein zentrales Projekt ist es, Australien mit nuklearbetriebenen U-Booten zu versorgen, mit denen es sein Einsatzgebiet bis vor die Küste Chinas ausdehnen kann. Und Washington demonstrierte Peking und Moskau, dass es nach wie vor zahlreiche Staaten hinter sich zu scharen vermag. An seinem virtuellen „Gipfel für Demokratie“ nahmen im vergangenen Dezember 110 Länder teil.

AMERIKAS RÜCKKEHR ins große Spiel der Weltpolitik hat Folgen für Deutschland und Europa. Biden weiß, dass der alte Kontinent aufgrund seiner Wirtschaftskraft der entscheidende Verbündete im Machtkampf mit Russland und China sein kann. Deshalb umwirbt er insbesondere das von Trump viel gescholtene Berlin. Putins Krieg gegen die Ukraine und Xis rabiater Kurs nach innen und außen erleichtern Bidens Aufgabe. Nach zwei Jahrzehnten rückt Deutschland von seiner illusionären Beschwichtigungspolitik gegenüber Moskau und Peking ab und nähert sich dem amerikanischen Weg an. Brüssel erkennt, dass die von ihm 1991 angesichts des Jugoslawienkriegs ausgerufene „Stunde Europas“ immer noch nicht gekommen ist und wohl nie kommen wird.

Sogar die großen drei, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, realisieren: Wenn es hart auf hart geht, hat sich wenig geändert in der transatlantischen Machtverteilung seit den Kalten-Kriegs-Tagen. Ohne politische Führung und militärische Mittel der USA ist Europa in der globalen Politik nicht einmal die Hälfte wert.



STEPHAN BIERLING lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg. Zuletzt erschien von ihm „America First. Donald Trump im Weißen Haus“ im Verlag C. H. Beck.